

13. Die neue Weltordnung

1. Das Ende der Sowjetunion

Der britische Journalist und Historiker Martin Walker, auf dessen vorzüglichem Buch "The Cold War" diese Vorlesung zu einem grossen Teil beruht, nannte das Jahr 1989 "The Year of Miracles". Tatsächlich lässt sich wohl kaum bestreiten, dass die Befreiung Osteuropas von mehr als vier Jahrzehnten kommunistischer Gewaltherrschaft zu den erfreulichsten Ereignissen dieses ansonsten so furchtbaren Jahrhunderts gehört. Geradezu wundervoll erscheint auch im Nachhinein der Umstand, dass - mit der Ausnahme von Rumänien - der Zusammenbruch der poststalinistischen Regimes überall weitgehend friedlich vonstatten ging. Letztendlich war all dies möglich geworden, weil die sowjet. Führung sich weigerte, die von ihr etablierten Satellitenregimes noch einmal mit Gewalt zu verteidigen.

Mit dem Zusammenbruch des sowjet. Imperiums in Osteuropa, der gleichzeitigen Beendigung des Wettrüstens und der Zuschüttung des ideologischen Grabens zwischen der SU und dem Westen endete auch der KK. Die Epoche der Ost-West-Konfrontation, die 45 Jahre lang im Zentrum der Weltpolitik gestanden hatte, fand damit ihren Abschluss.

Dennoch kann es gut sein, dass man bezüglich des Jahres 1989 einmal von verpassten Gelegenheiten sprechen wird. Tatsächlich, so scheint es, wurden unmittelbar nach dem Wunderjahr 1989 Gelegenheiten verpasst, der Welt nach dem KK mehr Stabilität zu verleihen. Dies gilt vor allem für die weitere Entwicklung in der SU, einem Gebiet also, das immerhin ein Sechstel der Erdoberfläche umfasst. Auf diesem Territorium befanden sich 1989 noch beinahe die Hälfte aller Atomwaffen. Es handelte sich um eine der grössten Mächte der Weltgeschichte, deren plötzliches Verschwinden nur ein gefährliches Machtvakuum hinterlassen konnte. Es konnte nicht im Interesse der internationalen Sicherheit und Stabilität liegen, dass sich dieses Riesenreich nach dem Verlust seiner osteuropäischen Dependenz selbst auflösen würde. Und doch geschah genau dies nach 1989 innerhalb von zwei Jahren. Wir werden uns diese Entwicklung nun genauer ansehen.

Je mehr sich die 80er Jahre dem Ende zuneigten, desto stärker geriet Gorbatschows Reformpolitik in Schwierigkeiten. Während "Gorby" im Westen immer populärer wurde, weil er offensichtlich bereit war, die poststalinistische Gewaltherrschaft friedlich abzuwickeln, unterlag er innenpolitisch einem wachsenden Druck. Die Tatsache, dass er international eine sowjetische Bastion nach der anderen kampflos räumte, gewann ihm zwar im Westen immer mehr Freunde, verschlechterte jedoch seine Position zu Hause. Nicht nur in den Augen der traditionellen Betonköpfe galt er als

Verlierertyp, der über die Niederlage der SU im KK präsierte. Vielmehr konnten grosse Teile der Bevölkerung, gerade auch die Veteranen des 2.WK, nicht verstehen, wieso die so hart erkämpfte und unter so grossen Mühen verteidigte Weltmachtstellung der SU einfach aufgegeben wurde. Schliesslich war es der systematisch aufrechterhaltene Mythos vom Sieg der Völker der SU im "Grossen Vaterländischen Krieg" gegen den Faschismus, der neben dem Staatsterror und der kaum noch ernst genommenen marxistisch-leninistischen Ideologie die SU zusammenhielt. Wenn die Früchte dieses Sieges jetzt aufgegeben wurden, ja wenn man sogar den Deutschen die Wiedervereinigung erlaubte, dann war von der *raison d'être* der SU nicht mehr viel übrig.

Alles hing deshalb vom Erfolg der Reformpolitik nach innen ab. Grössere Freiheiten und vor allem die Verbesserung des Lebensstandards mussten die Bevölkerung für den Verlust der Weltmachtstellung kompensieren. Nur eine klar erkennbare Verbesserung der Lebensbedingungen konnte die Masse der Bevölkerung davon überzeugen, dass es sich lohnte, auf überzogene Machtdemonstrationen zu verzichten und den KK zu beenden. Doch genau an diesem Punkt versagte Gorbatschows Reformwerk.

Gegen Ende der 80er Jahre stagnierte die Produktion, das BSP ging zurück, eine rasante Inflation setzte ein, die Staatsfinanzen gerieten ins Trudeln, die Reallöhne sanken, und die Renten reichten kaum noch zum Leben. Auf den Strassen der grossen Städte erschienen zum ersten Mal seit Jahrzehnten Bettler, zumeist Rentner und Rentnerinnen, manche von ihnen Helden aus dem "Grossen Vaterländischen Krieg". Eine Katastrophe bahnte sich an. Dabei erwies sich besonders die Tatsache als belastend, dass der Goldsegen aus der Ölbonanza, der die Extravaganzen der Breschnew-Ära finanziert hatte, zu versiegen begann. Von 1980 bis 1987 sank der Erdölpreis von \$39,5 auf \$9,75 pro Barrel. Gleichzeitig sank die sowj. Erdölproduktion um mehr als ein Drittel. Die Landwirtschaft lag aufgrund der sinkenden Produktivität danieder. So musste die SU immer mehr Getreide aus dem Westen importieren. Die Ausgaben für diese Importe stiegen von 1983 bis 1988 um 400%! Hinzu kamen die Rüstungsausgaben und der sündhaft teure Krieg in Afghanistan. All dies schuf ein rasant wachsendes Defizit in der Staatskasse. Zwischen 1985 und 1988 stieg das Defizit von 12,8 Milliarden Rubel auf 80,6 Milliarden. Die Wirtschaft in der SU musste deshalb umso dringender Anschluss an den internationalen Standard der entwickelten Nationen finden.

Doch gerade hier haperte es. Das Hauptproblem lag in den wirtschaftlichen und politischen Organisationsstrukturen der SU. Seit den 20er Jahren war ein überzentralisiertes System der Planwirtschaft aufgebaut worden, das die rasante und gewaltsame Industrialisierung des rückständigen Riesenlandes

ohne ausländisches Kapital ermöglicht hatte. Auf diese Weise waren die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Sieg über Hitler-Deutschland und den Aufstieg zur Supermacht geschaffen worden. Zentralistische Gewaltherrschaft, Planwirtschaft und der Vorrang von Rüstungs- und Schwerindustrie waren die Grundbestandteile des Systems geworden. Dieses System erwies sich jedoch als unfähig, auf den revolutionären Umbau der Weltwirtschaft seit den 70er Jahren adäquat zu reagieren. Die einseitige Überbetonung des bürokratisch gelenkten schwerindustriellen Sektors musste dringend überwunden werden.

Dies konnte nur auf dem Wege marktwirtschaftlicher Reformen geschehen, darüber waren sich Wirtschaftsfachleute und die führenden Politiker der SU prinzipiell einig. Niemand wusste allerdings, wie eine zentralistische Planwirtschaft in eine einigermaßen freie Marktwirtschaft überführt werden konnte, ohne eine wirtschaftliche Katastrophe auszulösen. Ein derartiges Experiment war schliesslich noch nie unternommen worden. Auch die marktwirtschaftlichen Reformen unter der neuen chinesischen Führung von Deng Xiao Ping konnten kaum als Vorbild dienen, war China doch immer noch ein weitgehend agrarisch dominiertes Land, sodass dort die industriellen Strukturen noch nicht zu sehr verfestigt waren. Die SU aber war ein voll ausgebildeter Industriestaat, dessen komplexe Strukturen nur allmählich verändert werden konnten, wollte man nicht den Zusammenbruch ganzer Wirtschaftsbereiche riskieren. Man hätte also Zeit gebraucht, doch genau die fehlte angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Hinzu kam noch der chronische Kapitalmangel, der das sowjet. System - mit Ausnahme der 70er Jahre - immer gekennzeichnet hatte. Kapital aber war die Voraussetzung für Investitionen in neue Industrien, bzw. für die Modernisierung der vorhandenen Sektoren.

Am schlimmsten aber war wohl die Tatsache, dass das bestehende System weder reformfähig noch reformwillig war. Das Millionenheer der Bürokraten, Aparatschiks und Funktionsträger in Partei und Staatsapparat hatte naturgemäss nicht das geringste Interesse daran, Reformen durchzuführen, die die eigene Machtgrundlage zerstören und zur Entziehung von Privilegien führen mussten. Über 800 Ministerien in Moskau und in den Republiken verwalteten die sowjet. Wirtschaft. Zwar entwickelte die Moskauer Führung eine immer hektischere Aktivität im Abfassen von Reformgesetzen und -erlassen, doch der riesige Apparat fand leicht Wege, diese Reformbestrebungen durch bürokratische Willkür zu torpedieren. Auf dem Parteitag im Juni 1988 analysierte Gorbatschow selbst die Lage folgendermassen:

“Wir erleben direkte Versuche, das Wesen der Reformen zu verfälschen und die neuen Formen des Managements mit alten Inhalten zu füllen. Dies ist ausschliesslich das Ergebnis der Willkür von Ministerien angesichts der

Abwesenheit von vernünftiger Kontrolle, wobei GOSPLAN (die staatliche Planungsstelle) und das permanente Büro des Ministerrats der UdSSR diese Machenschaften dulden.“

Mit anderen Worten: die politischen Machtstrukturen in Partei und Staatsapparat, ja die Alleinherrschaft der KPDSU standen einem Erfolg der Wirtschaftsreformen prinzipiell im Wege. Es waren gerade diese Machtstrukturen, die es den Aparatschiks erlaubten, frei von jeglicher demokratischer Kontrolle alle Reformansätze zu unterlaufen. Dementsprechend hatte eine Konferenz von Wirtschaftsreformern unter Leitung von Akademiemitglied Leonid Abalkin im Juni 1987 festgestellt:

“Tiefgreifende Veränderungen im Management der Wirtschaft können nicht ohne entsprechende Veränderungen im politischen System und in den sozialen und geistigen Bereichen durchgeführt werden.“

Demokratisierung und auch Dezentralisierung der SU waren also die entscheidenden Voraussetzungen für grundlegende Wirtschaftsreformen, um auf diese Weise die Macht des alles dominierenden Staats- und Parteiapparats zu brechen. Die alte SU musste also zerstört werden, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Dies konnte jedoch ins Chaos führen, wenn dem Abbau alter Strukturen nicht der gleichzeitige Neuaufbau modernerer Strukturen gegenübergestellt wurde. Vor allem aber musste dieser Umbauprozess kontrolliert vonstatten gehen. Gorbatschow und seine Leute mussten also den Reformprozess von oben, den sie eingeleitet hatten, im Griff behalten. Dazu aber brauchten sie einen Machtapparat, und den konnten nur die vorhandenen Staatsorgane bieten. Die Reformer standen also vor einem furchtbaren Dilemma: einerseits die Zerschlagung der alten Strukturen anzustreben, andererseits aber auf die Kooperation der vorhandenen Apparate angewiesen zu sein, um ein Abgleiten ins Chaos zu verhindern. An diesem Dilemma ist die Politik von glasnost und perestroika gescheitert.

Die Alternative, marktwirtschaftliche Reformen unter Beibehaltung der Diktatur von Staatsapparat und Partei, bot sich der SU nicht wirklich an. Einerseits behinderte, wie gesagt, der alte Apparat die Durchführung von Wirtschaftsreformen, weil er eng mit den eingefahrenen Wirtschaftsstrukturen, zu deren Schaffung er entstanden war, verflochten war. Andererseits würden Diskrepanzen zwischen marktwirtschaftlichen Strukturen und politischer Diktatur Spannungen erzeugen, die leicht zur Explosion führen konnten. Wie gefährlich eine solche Entwicklung werden konnte, zeigten im Sommer 1989 die Vorgänge in Peking, als zehntausende von Studenten und Arbeitern demokratische Reformen verlangten. Nach anfänglichem Zögern reagierte die Parteiführung mit Gewalt und liess auf dem “Platz des himmlischen Friedens” hunderte von unbewaffneten Demonstranten durch Panzer überrollen. Dieser zynische Massenmord hat die

chinesische Führung in den Augen der Weltöffentlichkeit bis heute diskreditiert. In der SU, wie übrigens auch im sich gerade auflösenden Ostblock, wurden die Vorgänge von Peking als Menetekel betrachtet. Überdies aber konnte sich die sowjet. Führung ein vergleichbares Vorgehen kaum leisten, ohne Gefahr zu laufen, den KK von neuem anzufachen. Die Bush-Administration hätte diesen Vorwand wohl gerne aufgegriffen, um in die vertraute Welt des KK zurückzukehren.

Gorbatschow selbst war vom Vorgehen der chinesischen Führung angewidert. Er ging einen anderen Weg. Im Frühjahr 1989 hatte er die ersten halbwegs freien Wahlen in der SU zugelassen. Ab dem 25. Mai diskutierte nun der Oberste Sowjet in offenen und manchmal auch brutalen Debatten, die noch dazu live im Fernsehen übertragen wurden, über die Zukunft des Landes. Gorbatschow schien diese Debatten, in denen er als der Star auftrat, sichtlich zu genießen. Auch innerhalb der KPDSU wurde nun heftig und offen diskutiert. Ein Höhepunkt war zweifellos die öffentliche Demütigung seines Rivalen Boris Jelzin, dem die Reformen nicht schnell und radikal genug waren und der jetzt aus den Führungsämtern entfernt wurde.

Doch inzwischen zeichneten sich neue Tendenzen ab, die den Reformprozess existentiell bedrohten. Im Zuge von glasnost arbeiteten sowjet. Historiker die Verbrechen der Vergangenheit öffentlich auf. Dabei wurde auch die Vergewaltigung der baltischen Staaten im Verlauf des 2. WK thematisiert. Das rührte an ein Tabu und an eine Lebenslüge der alten SU: nämlich den angeblich freiwilligen und begeisterten Beitritt dieser Länder zum "Vaterland der Werktätigen". Der gleichzeitig einsetzende Dezentralisierungsprozess, der den Republiken mehr Rechte und Eigenverantwortung übertragen sollte, tat ein Übriges. Hinzu kam natürlich Gorbatschows Rede vor den UN im Dezember 1988, die allen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung zugesprochen hatte und den Auflösungsprozess des Ostblocks auslöste. In den baltischen Republiken wurde damit der Wunsch und die Hoffnung auf die Wiederherstellung der eigenen Souveränität geweckt. In Mai und Juni 1989 erklärten sich Litauen, Estland und Lettland tatsächlich für souverän und leiteten den Prozess zur Erlangung der Unabhängigkeit ein. Aber auch im Süden der SU zeigte das System Auflösungserscheinungen. Im georgischen Tiflis kam es zu Unruhen und im asarbeidschanischen Baku gipfelten chaotische Auseinandersetzungen in einem regelrechten Pogrom gegen die armenische Minderheit. Dies wiederum schürte armenische Selbstständigkeitsbestrebungen und Rachegelüste, die auf einen Bürgerkrieg um die armenische Enklave Nagorno Karabach zusteuerten.

Der Abbau des sowjet. Unterdrückungssystems setzte nun Kräfte frei, mit denen kaum jemand, am allerwenigsten Gorbatschow selbst gerechnet hatte. Die westliche Propaganda, v.a. die US-Propaganda, hatte die SU im Verlauf

des KK wiederholt als Völkergefängnis bezeichnet. Demgegenüber hatte die sowjet. Führung immer darauf hingewiesen, dass der Sozialismus die bürgerliche Ideologie des Nationalismus überwinden werde. Tatsächlich waren über die Jahrzehnte nationalistische und separatistische Tendenzen derart scharf unterdrückt worden, dass deren Wiederaufflammen kaum noch für möglich gehalten wurde. Doch nun stellte sich heraus, dass Unterdrückung eine positiv kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalismusproblem nicht ersetzen konnte. Die SU hatte vielmehr wie ein Drucktopf gewirkt, der nur durch seinen festen Verschluss die in ihm köchelnden Spannungen unter Kontrolle hielt. Sobald dieser Verschluss gelockert wurde, begann das darin enthaltene Gemisch zu explodieren. Der Vielvölkerstaat SU zeigte nun ähnlich wie das krisengeschüttelte Jugoslawien - und aus ähnlichen Gründen - Auflösungserscheinungen, die den Bestand des Staates grundsätzlich infrage stellten. Obendrein sahen vom Reformprozess gefährdete Politiker und Bürokraten, sowie skrupellose Aufsteigertypen ihre Chance im Machtpoker darin, auf die nationalistische Karte zu setzen.

Gorbatschow stemmte sich mit Gewalt gegen die drohende Gefahr. In Tiflis und Baku griffen Soldaten ein, um die dortigen Unruhen zu stoppen. Im Dezember 1990 rollten schliesslich Panzer in Litauen und Lettland, um die Unabhängigkeitsbestrebungen aufzuhalten. Dabei wurden 16 Demonstranten in Litauen und 5 in Lettland erschossen. Das System zeigte noch einmal seine hässliche Fratze, und die weltweite Empörung war entsprechend. Im Inland wie im Ausland verspielte Gorbatschow mit diesen Operationen viel Kredit, ohne den Auflösungsprozess eindämmen zu können. Im Gegenteil: Eine regelrechte weg-von-Moskau-Stimmung machte sich breit, die auch Kernländer der SU wie die Ukraine und Weissrussland zu erfassen begann. Ja, Russland selbst begann sich aus dem sowjet. System zu emanzipieren. Im Juni 1990 fanden dort die ersten Präsidentenwahlen statt, die der vorher abgehalfterte Boris Jelzin in freier Abstimmung gewann. Jelzin besass nun sein eigenes Machtzentrum, dass er auf Kosten der SU auszubauen begann. Die Unionsstrukturen wurden dadurch von innen ausgehöhlt.

Gleichzeitig begann die Wirtschaft zusammenzubrechen, weil die Reformen bislang nur erreicht hatten, die bisherigen Strukturen zu stören und teilweise zu zerschlagen, ohne allerdings neue Strukturen aufzubauen. Das Land hörte allmählich auf, regiert zu werden. Im katastrophalen Winter von 1989/90 machte sich überall im Land, v.a. in den Grossstädten Hunger breit. Die Lage war derart angespannt, dass die für die Befreiung der DDR dankbare deutsche Bevölkerung spontan Lebensmittelpakete im Wert von mehreren Hundertmio DM nach Moskau und Leningrad schickte. Viele Sowjetbürger der älteren Generation, die sich noch an die grausame Belagerung Leningrads durch die Wehrmacht erinnerten, betrachteten diese Hilfe mit gemischten Gefühlen.

Die SU brauchte aber dringend Hilfe, und zwar nicht in Form von Care-Paketen. Westliche Finanzhilfe in grossem Ausmass war vonnöten, um der Wirtschaft auf die Füsse zu helfen. Nur eine Art Marshall-Plan hätte hier etwas bewirken können, wenn angesichts der verkrusteten Strukturen in der SU überhaupt Hilfe möglich war. Aber ausgerechnet in dieser Phase geriet der Westen erneut in eine schwere Krise. Die USA und GB erlebten eine Rezession, in Japan begann der langdauernde Niedergang der Börsenkurse, während in der EG die Arbeitslosigkeit die 10% Marke überschritt. In der Krise aber sind wenige Regierungen freigiebig.

Nur die westdte. Regierung machte grössere Hilfsangebote. Für die Wiedervereinigung war Helmut Kohl bereit, gegen jeden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Sachverstand zu handeln, wobei er auf beiden Gebieten ohnehin nicht zu den Koryphäen zählte. Die sowjet. Zustimmung zur dten Vereinigung und der Abzug der Roten Armee aus Osttdland waren ihm jedenfalls mindestens 20 Miar DM wert, die dann allerdings in der SU versickerten. Auch die japan. Regierung fand die Idee des Rückkaufs von verlorenem Territorium recht attraktiv. Für die Rückgabe der südlichen Kurilen wollte Tokyo jedenfalls \$24 Miar an Wirtschaftshilfe springen lassen. Doch verhinderten die sowjet. Militärs mit einer hysterischen Kampagne gegen den Ausverkauf von Sicherheitsinteressen, dass man zum Abschluss kam.

Im Juli 1990 besuchte Gorbatschow das G-7-Treffen der wichtigsten Wirtschaftsmächte in London. Er kam als Bittsteller. Aber die westlichen Regierungen schlossen ihn von den Hauptverhandlungen aus und hatten auch sonst, ausser vagen Lippenbekenntnissen, nichts zu bieten. Gorbatschow, der vorher alle westlichen Forderungen, einschliesslich des de facto NATO-Beitritts der früheren DDR zugestimmt hatte, musste nun mit leeren Händen nach Hause fahren, um sich der wachsenden Zahl seiner Kritiker zu stellen.

In London hatten v.a. GB und die USA weitreichende Hilfszusagen verhindert. Auch bei seinem Besuch Moskaus weigerte sich Präsident Bush, irgendwelche konkreten Hilfszusagen zu machen. Stattdessen forderte er Gorbatschow indirekt auf, mit harter Hand gegen die Zerfallerscheinungen innerhalb der SU vorzugehen. Gorbatschow wurde damit vor seinen konservativen Gegnern in der Führungsspitze blossgestellt: Einerseits verlor er seinen letzten Trumpf, nämlich dass seine Popularität im Westen der SU Wirtschaftshilfe in grösserem Ausmass bringen würde. Andererseits konnten die Konservativen den Eindruck gewinnen, auch der US-Präsident werde Verständnis dafür haben, wenn mit Gewalt durchgegriffen würde. Die Gewaltstrieche in Litauen und Lettland Ende 1990 waren wohl eine indirekte Folge dieser Vorgänge.

Im Innern der SU gewannen jedenfalls jetzt die konservativen Kräfte

zunehmend an Boden. Gorbatschow liess sie gewähren, ja unterstützte sie sogar noch. Das galt nicht nur für die Politik des Durchgreifens in den Republiken. Im Sommer 1990 hatten Nikolei Shatalin und Grigori Yavlinsky einen radikalen Plan vorgelegt, demzufolge die Wirtschaft innerhalb von 500 Tagen weitgehend liberalisiert werden sollte, allerdings unter Aufbau eines Wohlfahrtsstaates nach schwedischem Muster. Mit Hilfe westl. Unterstützung und radikalen Einschnitten im Militärbereich sollten die Staatsfinanzen saniert und die Wirtschaft angekurbelt werden.

Dieser Plan rief die vereinte Opposition der Bürokratie, der Rüstungsindustrie, des Militärs, der Veteranen und grosser Teile der Partei hervor. An die Spitze der Opposition setzte sich Premier Nicolai Ryshkow, ursprünglich ein Reformler. Jetzt wurden alte Rechnungen beglichen. Der ganze angebliche Ausverkauf des Ostblocks, der Separatismus in den Republiken, der beginnende Kleinkrieg im Kaukasus, überhaupt der Zusammenbruch von Ruhe und Ordnung, sowie die zunehmende Verarmung der Gesellschaft - all dies wurde der bisherigen Politik zum Vorwurf gemacht. Weitere Experimente sollten unterbleiben. Doch die Opposition besass kein eigenes Programm. Niemand verlangte die Rückkehr zum alten Sowjetsystem, oder gar zum Stalinismus. Nur das Reformtempo sollte verlangsamt und den Zerfallerscheinungen mit hartem Durchgreifen Einhalt geboten werden. Vor dieser Opposition wich Gorbatschow zurück. Im Oktober 1990 wurde der 500-Tage-Plan zu Fall gebracht und durch einen faulen Kompromiss ersetzt, der nichts löste. Im Dezember trat Aussenminister Sheverdnaze, einer der engsten Verbündeten Gorbatschows, angesichts der konservativen Wende zurück und warnte vor einem bevorstehenden Putsch. Er sollte Recht behalten.

Mit seinem Nachgeben hatte Gorbatschow noch einmal Zeit gewonnen. Doch es war klar, dass die Zentralgewalt zunehmend an Einfluss verlor, weil der Apparat nicht mehr funktionierte. Stattdessen ging die Entscheidungsgewalt immer stärker auf die Republiken und die Provinzfürsten über, die sich eigene Machtstrukturen zu schaffen verstanden. Das galt auch und gerade für Russland, wo Jelzin eine Alternativregierung aufbaute, die zudem den Vorteil besass, demokratisch legitimiert zu sein. Die führenden Politiker der Zentrale, die Aparatschicks und die Masse der Bevölkerung lehnten die Auflösung der SU entschieden ab. Noch im März 1991 sprachen sich 76% der Bevölkerung für die Erhaltung des Gesamtstaates aus. Doch Gorbatschow musste sich den Realitäten beugen und die Macht der Republiken, der Provinzfürsten und ihrer Apparate, sowie des aufkeimenden Nationalismus anerkennen. Ende April wurde ein Unionsvertrag zwischen Gorbatschow und den Chefs der Republiken unterschrieben. Demzufolge sollte die Zentrale bis auf die Aussen- und Sicherheitspolitik, sowie gewisse Koordinationsfunktionen im wirtschaftlichen Bereich alle Befugnisse an die Republiken abtreten. Die SU

wurde zu einem hohlen Gebäude. Der Vertrag sollte am 20. August 1991 in Kraft treten. Vorher fuhr ein erschöpfter Michail Gorbatschow zum Urlaub auf die Krim.

In Moskau aber brachte der Unionsvertrag das Fass zum Überlaufen. Die Partei- und Staatsführung, unterstützt von den Chefs der Streitkräfte und des KGB, sowie von Schlüsselfunktionären aus dem Bereich der grossen Staatsbetriebe betrachteten den Vertrag als das Todesurteil für die SU. Das durfte nicht sein! In der Nacht zum 19. August ergriff ein "Notstandskomitee" die Macht und erklärte Gorbatschow für abgesetzt. Er wurde auf der Krim unter Hausarrest gestellt. 70% der Parteimitglieder unterstützten den Putsch und auch 48% der Bevölkerung waren Umfrage zufolge einverstanden. V.a. das platte Land und die Städte ausserhalb der Metropolen Moskau und Leningrad blieben ruhig, wenn sie nicht gar mit den Putschisten sympathisierten.

Doch der Putsch war kraftlos. Ihm fehlte ein klares Ziel, denn die Putschisten waren keineswegs geneigt, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Ausserdem fehlte die Entschlossenheit, denn die neue Führung war ganz offensichtlich nicht gewillt, brutale Gewalt anzuwenden und ein Blutbad zu riskieren. So gab es keine Verhaftungen, keine Pressezensur und auch die Sendestationen wurden nicht besetzt. Nur langsam rückten Truppen in Moskau ein. Vor den Toren des Weissen Hauses, dem Sitz der russ. Regierung, versammelte sich eine grosse Menschenmenge, die gegen den Putsch demonstrierte. Als die ersten Panzer anrollten, kam die grosse Stunde des Boris Jelzin. Mutig kletterte er auf einen Schützenpanzer und hielt eine populistische Rede, in der er nicht etwa von der Verteidigung der SU, sondern von der Rettung der demokrat. Regierung Russlands sprach. Auch in Leningrad demonstrierten viele Menschen für diese demokratischen Errungenschaften. Glasnost und Perestroika, das zeigte sich jetzt, hatten immerhin bewirkt, in den Metropolen Russlands einen Massenanhang für demokratische Reformen zu gewinnen, der nur durch brutale Gewalt zerschlagen werden konnte. Davor schreckten die Putschisten jedoch zurück. So gab es in Moskau zwar 3 Tote, doch dann gaben die Putschisten kampflös auf.

Die Demonstranten hatten die Chance für eine zukünftige Demokratie gerettet und Boris Jelzin seine polit. Karriere. Wo aber war Gorbatschow? Als er von der Krim zurückkehrte, war die Geschichte schon über ihn hinweg gegangen. Er begriff offenbar gar nicht, was geschehen war, nämlich dass das Volk Moskaus sein Schicksal in die eigenen Hände genommen hatte. Dementsprechend wurde symbolisch das riesige Denkmal des Tscheka-Gründers Felix Dscherschinsky niedergerissen. Gorbatschow aber sprach von der Erneuerung der Partei, statt zum Weissen Haus zu gehen und das Volk zu

beglückwünschen. Einige Tage später wurde Gorbatschow vor dem russ. Parlament von Jelzin mit sichtlichem Vergnügen öffentlich gedemütigt. Es war das Ende einer grossen Karriere.

Es fiel mit dem Ende der SU zusammen. Jelzin verbot die KPDSU, liess die berühmt-berüchtigte Parteizeitung PRAWDA schliessen und zog deren Vermögen ein. Die russ. Regierung begann an die Stelle der Sowjetregierung zu treten. Da dies aber Sorgen innerhalb der Republiken vor einem grossrussischen Herrschaftsanspruch bestärkte, erklärten die Ukraine, Weissrussland und sechs andere Republiken den Austritt aus der Union. Sogar Kasachstan, wo Nursultan Naserbajew bis zum Schluss auf den Erhalt der SU hoffte, musste schliesslich neben allen anderen asiatischen Republiken die Unabhängigkeit erklären. Die SU hörte auf zu existieren und wurde durch ein äusserst loses Bündnis, der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten", ersetzt. Verglichen mit der GUS erschien die EU als zentralistischer Machtstaat. Die baltischen Länder, die Moldaurepublik und zunächst auch Georgien weigerten sich sogar, diesem losen Verband beizutreten. Die neben den USA zweite Supermacht des KK war verschwunden.

Übrig blieb ein verstümmeltes und krisengeschütteltes Russland, dessen europäische Grenzen nahezu dem Zustand vom Beginn des 18. Jahrhunderts entsprachen. Man kann sogar behaupten, dass damit jene territorialen Ordnungsvorstellungen verwirklicht wurden, die die deutschen Militärs 1918 im Diktat von Brest-Litowsk angestrebt hatten. Was dies für die verwundeten Seelen von grossrussischen Nationalisten und ehemaligen sowjet. Militärs bedeutete, kann man sich leicht ausmalen. Das Gefühl einer katastrophalen Niederlage und einer riesigen Schmach ging in der ehemaligen SU um. Das war eine gefährliche Stimmung. Vladimir Putin brachte diese Gefühle später auf den Punkt, als er die Auflösung der SU als die grösste geostrategische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnete.

Obendrein hinterliess der Zerfall der SU eine Anzahl von grösseren und kleineren Staaten, die teilweise intern instabil und in einigen Fällen miteinander verfeindet sind. Kriege und Bürgerkriege sind daher seit 1991 in Teilen der ehemaligen SU an der Tagesordnung. Besonders gefährlich, das weiss man noch aus der Zeit vor und nach dem 1.WK, sind dabei Irredentaprobleme. Das Schicksal der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten oder in der Ukraine führte phasenweise zu erheblichen Spannungen und 2014 zu den russischen Gewaltstreichen auf der Krim und in der Ostukraine. Seitdem köchelt ein Kleinkrieg vor sich hin, der jederzeit zum Flächenbrand werden kann. Auch im Kaukasus schmort die Lunte am Pulverfass weiter, obwohl der brutale Krieg in Tschetschenien einstweilen vorüber ist. Ebenso instabil ist die Lage Georgien, das sogar einen Krieg gegen Russland führte und dabei erhebliche Gebiete verlor.

Der Untergang der SU ist somit ein äusserst problematischer Vorgang gewesen. Dabei entwickelten sich in den letzten Jahren die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken zu einer neuen und mittelfristig sehr gefährlichen Krisenzone. Einige dieser neuen Staaten werden diktatorisch regiert. Andere sind von Bürgerkriegen gekennzeichnet. Obendrein sind die USA dazu übergegangen, sich in dieser strategisch wichtigen und ölreichen Region breit zu machen. Dies führt zu verdeckten Spannungen mit Russland und könnte eines Tages ernsthaften Ärger hervorrufen.

War das Auseinanderbrechen der SU mit all den gefährlichen Folgen zu verhindern? Hätte es realistische Alternativen gegeben? Eingangs war die Rede von verpassten Chancen. Die hat es in gewissen Grenzen zweifellos gegeben. Dabei glaube ich allerdings nicht, dass die Reformpolitik unter Gorbatschow wesentlich andere Wege hätte gehen können. Reformen waren unumgänglich, das haben wir oft genug gesehen. Aber sie waren in einem verknöcherten Unterdrückungssystem so gut wie undurchführbar wegen des Widerstandes des Apparates. Die Zerschlagung dieses Apparates jedoch musste ins Chaos führen, weil so schnell keine Alternativen aufgebaut werden konnten. Überdies aber führte die Öffnung des sowjet. Druckkessels zur nationalist. Explosion und damit zur Freisetzung von zerstörerischen Zentrifugalkräften. Ob die Provinzfürsten mit Boris Jelzin an der Spitze diesen Zentrifugalkräften aus egoistischen Interessen heraus auch noch Auftrieb verleihen mussten, ist eine andere Frage. Mit dem Putsch vom August 1991 war die alte SU zwar tot. Doch mit etwas mehr gutem Willen hätten die Führungen in den Republiken das völlige Auseinanderbrechen der Union vielleicht verhindern können. Der Kasache Naserbajew, der genau dies wollte, wurde jedoch allein gelassen, sodass die Chance zum Erhalt einer stabilisierenden Gemeinschaft verspielt wurde. Dies wiederum verleitete Naserbajew dazu, in seinem Machtbereich mit freundlicher Unterstützung aus den USA und später Putins sein eigenes korruptes Unterdrückungsregime zu errichten - ein durchaus typischer Vorgang.

Man wird wohl konstatieren müssen, dass die SU aus sich selbst heraus nicht reformierbar war. Das poststalinistische System lastete zu schwer auf dem Land und hatte zu starke Rückwirkungen auf die Mentalität der Bevölkerungsmehrheit, als dass sich ein innerer Wandel erfolgreich von oben her organisieren liess. Obendrein, das muss klar ausgesprochen werden, hatte die SU einen Weltkrieg verloren, nämlich den KK. Nicht nur musste sie alle Gewinne aus dem 2.WK aufgeben und büsste sie ihre Weltmachtstellung ein, sondern der Westen begann schon bald, den ehemaligen Feind ganz offen als zweitrangige Macht zu behandeln. V.a. die Bush-Administration machte keinen Hehl daraus, dass sie die SU als Verlierer des KK betrachtete, wie z.B. Sicherheitsberater Brent Scowcroft mehrfach klarstellte. Dementsprechend

wurde die SU bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht nur gezwungen, alle Vorbehaltsrechte in der ehemaligen DDR aufzugeben, sondern auch noch dem NATO-Beitritt des ehemaligen Bündnispartners als Teilgebiet der erweiterten BRD zuzustimmen. Zusätzlich behandelten die USA die SU während des Golfkrieges gegen den alten sowjet. Bündnispartner Irak nur noch wie einen Statisten, der keine Bedeutung mehr besass. All dies musste den Stolz vieler Menschen in der SU treffen und erschwerte Gorbatschows Position zusätzlich. Hier wurden Chancen für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens verspielt, die die Zukunft hätten entlasten können.

Bei den Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands und bei anderen Gesprächen, sollen westliche Regierungsvertreter - unter ihnen Helmut Kohl - versprochen haben, die NATO nach der Auflösung des Warschauer Paktes nicht nach Ost auszudehnen. Dies jedenfalls behauptet Michail Gorbatschow. Kohl und andere westliche Politiker, die bei diesen Verhandlungen dabei waren, widersprechen Gorbatschows Darstellung vehement. Irgendjemand lügt hier. Doch wie auch immer: Die NATO wurde sukzessive auf alle osteuropäischen Staaten ausgedehnt. Aus der Sicht der Regierung Putins ist dies ein bedrohlicher Vorgang, der einer Demütigung gleichkommt. Man muss sich in der Tat fragen, ob die Osterweiterung der NATO wirklich notwendig war, denn aus russischer Sicht handelte es sich um eine Provokation. Vor allem aber löste sie in Moskau Ängste aus, diese Expansionsprozess könne weiter voranschreiten. Als im Frühjahr 2014 das korrupte, aber Russland gegenüber freundlich gesonnene Regime von Wiktor Janukowytsch in Kiew vom Volk davon gejagt wurde, mussten im Kreml die Alarmglocken läuten. War der ukrainische Volksaufstand durch die NATO inszeniert worden, um auch dieses Land in das westlich Bündnis einzubeziehen und damit Russland direkt zu bedrohen? Putins Reaktion war jedenfalls die Annexion der Krim und der Kleinkrieg in der Ostukraine. Auch diesbezüglich hatte der Westen keine kluge Politik betrieben.

Die Politik der Demütigungen des Verlierers des KK war eine Sache, die unterlassene Hilfeleistung aber eine andere. Wie am Ende der beiden offen ausgetragenen Weltkriege des 20. Jahrhunderts kam für die Zukunft alles auf den Umgang mit dem Verlierer an. Nach 1918 hatten die Sieger Dtlnd gedemütigt und wirtschaftlich geknechtet - mit den bekannten Folgen. Nach 1945 hatten v.a. die USA alles getan, um den Besiegten, Dtlnd und Japan, wieder auf die Füße zu helfen. Sie dankten es den USA als treue Verbündete und wertvolle Hilfe im KK. Und die SU? Trotz der erstaunlich weitsichtigen Mahnungen Helmut Kohls legten die britische Regierung und besonders die Bush-Administration eine kleinkrämerische Haltung an den Tag, die jede wirksame Hilfeleistung ausschloss. Ein neuer, grosszügiger Marshall-Plan wäre wohl die einzige Chance gewesen, die Reformpolitik in der SU zu retten und damit langfristig für Stabilität zu sorgen. Diese Chance wurde kläglich

vergeben, was nicht nur entscheidend zum Sturz Gorbatschows und zur Auflösung der SU beitrug, sondern die glänzende Möglichkeit zu einer dauerhaften Freundschaft mit dem Verlierer des KK verbaute - abgesehen davon, was die Schaffung neuer, kräftiger Märkte für die angeschlagene Weltwirtschaft hätte bedeuten können. Ob die SU angesichts ihrer chaotischen inneren Verhältnisse überhaupt noch ein Erfolg versprechendes Objekt grosszügiger Wirtschaftshilfe war, ist allerdings eine andere Frage, die nur spekulativ beantwortet werden kann.

Der Grazer Historiker Stefan Karner hat vor kurzem in einem Aufsatz konstatiert, dass die SU in den 1980er Jahren wirtschaftlich am Ende war und Gorbatschow deshalb scheitern musste. Seine Reformpolitik hat aber immerhin den Zusammenbruch verzögert. Doch letztlich hatte die Sowjet. Führung nur die Wahl, zwischen dem inneren Zerfall oder dem Krieg nach aussen. Der aufgeklärte Menschenfreund Gorbatschow entschied sich für den ersteren Weg. Heute ist Russland wieder in einer ähnlichen Lage wie damals die SU. Erneut stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Zusammenbruch. Es könnte gut sein, dass der aggressive Machtmensch Putin den anderen Weg einschlägt: Krieg. Davor warnt Stefan Karner, und Putins gewalttätige Aussenpolitik scheint ihn zu bestätigen. Dennoch glaube ich nicht, dass Putin die direkte Konfrontation mit dem Westen wagen wird. Er führt lieber kleinere Kriege und fährt damit bis jetzt recht gut. Entscheidend wird die Entwicklung in den baltischen Staaten sein. Dort haben NATO und EU es in unverantwortlicher Weise zugelassen, dass die russische Bevölkerungsminderheit diskriminiert wird. Das liefert Putin wunderbare Argumente für eine Intervention. Aber der Westen wird niemals hinnehmen, dass NATO-Mitglieder einer Aggression Russlands ausgesetzt werden. Schon jetzt werden NATO-Truppen im Baltikum stationiert. Putin muss also vorsichtig sein.

Zu Beginn des Semesters hatte ich auf die kürzliche Rede des gegenwärtigen russischen Premierministers Dimitrij Medvedev hingewiesen. Dort hatte Medvedev vor der Möglichkeit eines neuerlichen Kalten Krieges gewarnt. Die gegenwärtigen Spannungen zwischen Russland und der NATO scheinen tatsächlich in diese Richtung zu deuten. Trotzdem wäre ich vorsichtig. Russland befindet sich heute in einer ungleich schwächeren Position als die Sowjetunion auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Nicht nur hat das Land fast jeglichen Einfluss in Osteuropa und erhebliche Teile der SU verloren. Auch wirtschaftlich ist Russland immer noch schwach, zumal die Weltmarktpreise für Erdöl und Gas drastisch gesunken sind. Noch immer fehlt es an innovativen Industrien, mit Ausnahme der Rüstungsindustrie. Inzwischen herrscht in Russland ein brutaler Raubtierkapitalismus, an dem sich die nach wie vor verknöcherte Bürokratie auch noch beteiligt. Auch die Landwirtschaft funktioniert eher schlecht als recht. Es existiert keine

Rechtssicherheit, weswegen die Privatinvestitionen ausbleiben. Die westlichen Wirtschaftssanktionen seit der Annexion der Krim machen die Dinge nicht einfacher.

Obendrein hat Russland so gut wie keine Bündnispartner. Stattdessen ist die bipolare Welt des KK einer multipolaren Welt gewichen, in der China eine sehr wichtige Rolle spielt. China ist sogar mächtiger als Russland, während die USA trotz zwischenzeitlicher Schwächeanfänge und politisch-militärischer Dummheiten wie der Invasion im Irak nach wie vor die unbestrittene einzige Supermacht darstellt. Da helfen auch russische Muskelspiele in Syrien und kleinere militärische Provokationen durch russische Kampffjets wenig. Russland ist gar nicht in der Lage, die USA ernsthaft herauszufordern. Allerdings - das Potential an Nuklearwaffen ist immer noch vorhanden und wird sogar modernisiert. Auf diesem Gebiet ist sogar ein erneutes Wettrüsten im Gange. Aber auch hier setzt die wirtschaftliche Schwäche Russland enge Grenzen.

Vor allem aber, und das hat Herr Medvedev gänzlich vergessen, gibt es keinen Systemkonflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus mehr. Das macht einen entscheidenden Unterschied zum KK aus. Die heutigen Auseinandersetzungen sind vielmehr Machtkonflikte zwischen prinzipiell ähnlichen Systemen. Das eröffnet auf vielen Gebieten Möglichkeiten zum Kompromiss und sogar zur Zusammenarbeit. Die Zukunft wird wohl bestimmt nicht friedlicher werden. Aber die Epoche des KK ist vorüber und kommt auch nicht wieder.